

Motion

Offenlegung der Partei-, Wahl- und Abstimmungskampagnenfinanzierung

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit

1. die politischen Parteien und andere Gruppierungen, welche von der Stadt einen Fraktionsbeitrag erhalten, jährlich einen Rechenschaftsbericht über ihre Parteifinanzen abzulegen haben.
2. die Parteien und andere Gruppierungen ihre Ausgaben und Einnahmen bei kommunalen Wahlen und kommunalen Abstimmungskampagnen offenzulegen haben.

Weitere Informationen und Begründung

«In Sachen Parteienfinanzierung ist die Schweiz eine Bananenrepublik.», meint der Schweizer Politologe und Kampagnen-Experte Louis Perron. Mit dieser Meinung steht er nicht allein: Laut der Organisation Transparency International ist die Schweiz das einzige demokratische Land der Welt, das keine Regelung zur Parteienfinanzierung vorsieht.

Die Offenlegung zeigt einerseits auf, welche Partei wie viele Mittel zur Verfügung hat. Weiter wird den Bürgerinnen und Bürgern aufgezeigt, welche Lobbies welche Parteien in welchem Umfang finanzieren. Für Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist es von grossem Interesse, wer mit welchen finanziellen Beiträgen Wahl- und Abstimmungskämpfe finanziert. Eine Offenlegungspflicht für die Parteifinanzen ist ein Kernelement einer funktionierenden Demokratie.

Sowohl auf nationaler Ebene wie auch auf kantonaler Ebene wurde die Frage der Parteienfinanzierung in den letzten Jahren mehrmals diskutiert. Bisher wurde jedoch Pflicht zur Offenlegung verhindert. Die Stadt Biel kann eine Vorreiterrolle wahrnehmen und auf Gemeindeebene einen ersten Schritt zu mehr Transparenz unternehmen.

Biel, 23. Februar 2011

Daphné Rüfenacht, Grüne